

RAINER BALCEROWIAK

AUFSTEHEN UND WOHIN GEHTS?

DAS NEUE BERLIN

Über das Buch

Was denken politisch Engagierte, Parteilose und Parteifunktionäre, was neutrale Beobachter und Zeitgenossen über die linke Sammlungsbewegung »aufstehen«? Ist sie nötig oder überflüssig? Ist sie eine Kopf- oder gar eine Totgeburt? Bislang gibt es mehr Fragen als Antworten. Was in Erfahrung zu bringen war, hat der Autor aufgeschrieben und daraus seine Schlüsse gezogen. Er bietet hier den ersten fundierten Überblick nach der Gründung der Bewegung.

Über den Autor

Rainer Balcerowiak, geboren 1955 in Berlin (West), studierte Populärmusik in Hamburg und arbeitete als Musiker und Musikpädagoge, bevor er 1998 hauptberuflich zum Journalismus wechselte. Nach langjähriger Redakteurstätigkeit bei der Tageszeitung »junge Welt« ist er seit 2012 freiberuflich tätig und veröffentlicht unter anderem in taz, cicero, MieterEcho, Neues Deutschland. Vom ihm erschienen »Faktencheck Flüchtlingskrise« und »Die Heuchelei von der Reform«. Balcerowiak lebt und arbeitet in Berlin.

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Verlag Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN Buch 978-3-360-01342-2
ISBN E-Book 978-3-360-50157-8

1. Auflage 2018
© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

www.eulenspiegel.com

INHALT

RUNTER VOM SOFA 9

START MIT PAUKEN UND TROMPETEN 16

WER STEHT HINTER DER SAMMLUNGSBEWEGUNG
»AUFSTEHEN«? 23

GIBT ES ÜBERHAUPT EIN »LINKES REFORMLAGER«? 25

DER FALL KEVIN KÜHNERT 32

DIE SPD KONNTE AUCH MAL ANDERS –
DIE ÄRA BRANDT 35

NOSTALGIE HILFT NICHT WEITER 46

SAMMLUNGSBEWEGUNG – EIN ALTER HUT? 53

HARTZ IV ALS WENDEPUNKT 59

LINKE SPD WILL SELBER SAMMELN.
EIN GESPRÄCH MIT CANSEL KIZILTEPE 61

VON KOSMOPOLITEN UND KOMMUNITARISTEN 68

ISLAM, INTEGRATION, HEIMAT –
ALLES VERMINTES GELÄNDE 75

ALLES »RECHTE DISKURSE«? 78

MIGRATION BLEIBT ZANKAPFEL 84

EIN GEWERKSCHAFTER VERSUCHT DEN BRÜCKENSCHLAG	88
BERLIN: EINIGELN GEGEN »AUFSTEHEN«	94
EIN BEZIRKSVORSITZENDER ALS »EXOT«	97
RECHTE PARTEIEN AUF DEM VORMARSCH	100
DIE LINKSPOPULISTEN	104
Syriza als Hoffnungsträger	104
Spanien: Realos und Fundis	106
Jean-Luc Mélenchon – Frankreichs linker Volkstribun	108
Großbritannien: Der Kampf um die Labour Party	112
»AUFSTEHEN« IM EUROPÄISCHEN KONTEXT	117
DEUTSCHE BESONDERHEITEN	121
POPULISMUS? JA BITTE!	124
»DANN HABEN WIR VERLOREN!« EIN GESPRÄCH MIT SAHRA WAGENKNECHT	131
FAZIT UND AUSBLICK	138

Wir erleben Wut und Protest auf deutschen Straßen, hin- und herfliegende Empörungsfetzen, Hass und Gewaltausbrüche. Wir erleben Dauerempörung, eine sozial-moralische Rage, mit der Gruppen regelrecht gegeneinander in den Kulturkampf ziehen. [...] Es ist die schiere Überflutung, das tägliche Feuerwerk von Beschimpfungen und Beleidigungen, das die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen zusehends verschwimmen lässt, und das moralische Immunsystem überlastet und zersetzt. Die Kommunikationsexplosion im Netz bedeutet jedenfalls nicht nur mehr Kommunikation – was an sich ja zu begrüßen ist –, sondern vor allem lauter, schriller. Und so ist, online und offline, die Wirklichkeit dieser Tage viel zu oft: Deutschland spricht nicht, Deutschland brüllt.

*Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident
23. September 2018*

Man muss was tun. So kann es nicht
weitergehen. Ich habe mich eingeschrieben.
Andreas Schmidt-Schaller, Schauspieler

RUNTER VOM SOFA

Ein Gespenst geht um in Europa. Doch es nicht der von Karl Marx beschriebene Aufzug des Kommunismus, sondern der Versuch, aus den Ruinen der europäischen Linken so etwas wie eine *neue Sozialdemokratie* auferstehen zu lassen. Was sich in Großbritannien als Machtübernahme des linken Flügels innerhalb der alten Labour Party entwickelt hat, manifestiert sich in Frankreich, Spanien und Deutschland in Gestalt neuer linkspopulistischer Bewegungen.

Einige Parallelen sind augenfällig. Mit Pablo Iglesias, Jeremy Corbyn, Jean-Luc Mélenchon und Sahra Wagenknecht stehen charismatische Persönlichkeiten an der Spitze dieser neuen Bewegungen, die weit über ihre jeweiligen politischen Lager hinausgehende Popularitätswerte verzeichnen. Einig ist man sich ferner in der Analyse, dass die traditionellen sozialdemokratischen Parteien ihre früheren programmatischen Grundsätze verraten und sich dem Neoliberalismus zugewandt haben. Das heißt, sie haben sich von den »einfachen Leuten«, deren Interessenvertreter sie ursprünglich waren, abgewandt. Damit leisteten und leisten sie einerseits der allgemeinen Politikverdrossenheit Vorschub und andererseits mehrten sie Zweifel am Funktionieren der bürgerlichen Demokratie, wodurch rechtspopulistische Bewegungen, die angeblich Lösungen für die gesellschaftliche Krise bieten, erstarkten und erstarken.

Allerdings weist die maßgeblich von Wagenknecht repräsentierte Bewegung »aufstehen. DIE SAMMLUNGS-BEWEGUNG« Besonderheiten auf.

Sie will als starke gesellschaftliche Opposition in drei Parteien (SPD, Grüne und Die Linke), die vermeintlich ein »linkes Lager« bildeten, hineinwirken. Ein solches »Lager« existiert in Großbritannien und Frankreich nicht. (Und es muss gefragt werden, ob es in Deutschland ein solches »linkes Lager« überhaupt gibt.)

Von ihren Gegnern wird die neue linke Sammlungsbewegung »aufstehen« häufig zur Kopf- oder Totgeburt erklärt. Das ist gewiss eine Fehleinschätzung, denn die Initiative bewegt sich in einem politischen Umfeld, das ihre

Gründung nahezu zwingend erscheinen lässt. »aufstehen« nimmt objektiv eine Massenstimmung auf.

Ein Drittel der Deutschen können sich vorstellen, ein neues Linksbündnis zu wählen

Laut einer vom Magazin *Focus* im August 2018 in Auftrag gegebenen Umfrage stimmten 58 Prozent der Befragten der

Aussage zu, dass es in der deutschen Gesellschaft »eher ungerecht« zugehe. In Ostdeutschland waren es sogar 66 Prozent. 34 Prozent der Befragten konnten sich vorstellen, ein neues Linksbündnis zu wählen, falls dieses als Partei antreten würde. Unter den Anhängern der Linkspartei waren es 87 Prozent, bei den Grünen 53 Prozent und bei den SPD-Anhängern 37 Prozent.

Auch 29 Prozent der AfD-Anhänger bezeichneten sich als potenzielle Wähler einer derartigen Gruppierung. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt waren es 46 Prozent.

Bekanntlich sagen Umfragen nur wenig aus über ein tatsächliches Kräfteverhältnis in der Gesellschaft, folglich auch nur bedingt etwas zu den Wahlchancen einer neuen politischen Kraft. Sie sind allerdings ein Indikator, der die Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik anzeigt. Diese Politik wird nicht nur als unsozial, sondern vor allem als bürgerfern und unfähig zu wirklicher Ver-

änderung empfunden. Die Neuauflage der gar nicht mehr so Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD hat zu dieser Stimmungslage erheblich beigetragen.

Verschärft wird die Situation durch die Etablierung einer rechtspopulistischen, in Teilen offen rassistischen, nationalistischen und in Teilen faschistischen Partei im Bundestag sowie in den Landtagen. Diese »Alternative für Deutschland« (AfD) ist Ausdruck einer beachtlichen gesellschaftlichen Strömung. Der AfD ist es offensichtlich gelungen, die allgemeine Unzufriedenheit insbesondere über die Migrationspolitik aufzugreifen und zu bündeln. Es gelang ihr, diese Stimmung in erstaunliche Wahlerfolge umzumünzen.

Die AfD, daran soll erinnert werden, war am 6. Februar 2013 in Oberursel im Taunus von 18 unzufriedenen älteren Männern – 14 aus dem Westen, vier aus dem Osten – gegründet worden. Eine klassische Kopfgeburt. Sie einte die Wut auf den Euro und die Griechenland-Politik der Bundesregierung. Die meisten Meckerer kamen aus der Finanzbranche oder waren Wirtschaftswissenschaftler wie Prof. Bernd Lucke. Ein ehemaliger *dpa*-Journalist, dann Kulturredakteur der *FAZ* und schließlich Chefkorrespondent der *Welt* bis 2007 – als Rentner in Oberursel lebend – hatte die Zusammenkunft im Auftrag von Lucke organisiert. Dieser Konrad Adam ist einer von vier Gründern, die heute noch in der »Partei der Professoren und Proleten« (Konrad Adam über die AfD) sind. Vermutlich hadert er mit ihr, weil der Mittsiebziger nie ein Amt bekam, in das er drängte. Deshalb sagte er vor der Wahl 2017, dass mehr als die Hälfte der AfD-Politiker, die sich um ein Bundestagsmandat bewarben, nur »an Bimbis interessiert« seien, sie »spekulieren auf Geld und Stellen und sonst nichts«.

Die etablierten Parteien hatten und haben dieser Partei, die keine sechs Jahre alt ist, wenig Wirksames entgegensetzen. Das gilt auch für das seit Jahren beschworene »linke Lager«. Neben den bereits genannten drei Parteien zählen dazu ihnen traditionell nahestehende Institutio-

Die SPD hat grundsätzlich keinen Mangel an politischen Ideen. Sie traut sich nur viel zu wenig, gesellschaftliche Konflikte einzugehen.

Kevin Kühnert, Juso-Chef

in: Zeit online, 8. August 2018

DER FALL KEVIN KÜHNERT

Die neue Sammlungsbewegung oder eine mögliche neue linke Volkspartei wird vermutlich nicht in der Lage sein, all diese Konflikte und Widersprüche konstruktiv aufzulösen und zu überwinden, auch wenn sie es muss. Allein die Konzentration auf das Wesentliche – Verteidigung und Ausbau des Sozialstaats und der sozialen Daseinsvorsorge auf nationalstaatlicher Ebene – wird genug Kraft erfordern, denn man wird sich deshalb permanent gegen äußere und innere Angriffe verteidigen müssen. Wahrlich keine leichte Aufgabe, aber lösbar. Denn das ist mit Sicherheit realistischer und erfolgsversprechender als das in der jüngeren Vergangenheit diskutierte rot-rot-grüne Parteienbündnis.

Die Parteien des »linken Lagers« werden zunehmend dominiert von Funktionseliten, die der Lebenswirklichkeit mehrheitlich entrückt sind. Ihre Vertreter befinden sich überwiegend in unmittelbarer oder mittelbarer materieller Abhängigkeit vom herrschenden Politikbetrieb, was eine Transformation dieser Parteien hin zu konsequent bürger-naher, sozialer und tatsächlich linker Politik so gut wie unmöglich macht. Die Funktionseliten müssten sich nämlich selbst in Frage stellen, was gewiss nicht geschehen wird. Politik ist zum existenzsichernden Job geworden. Und wer machte sich freiwillig arbeitslos und überflüssig?

Der Volksmund sagt: Wenn man den Teich trockenlegen will, darf man die Frösche nicht fragen.

Als anschauliches Beispiel für meine Zweifel sei Kevin Kühnert genannt. Der Vorsitzende der Jungsozialisten, der SPD-Jugendorganisation, war nach der desaströs verlorenen Bundestagswahl zeitweise zum Symbol eines vermeintlichen Aufbruchs der SPD geworden. Die von ihm maßgeblich repräsentierte Kampagne gegen die Große Koalition (»No GroKo«) sollte eine Erneuerung der Partei einleiten, auch eine programmatische. Binnen weniger Wochen gewann die SPD mit dieser Aussicht mehrere zehntausend Neumitglieder, wobei die Möglichkeit verlockte, im geplanten Mitgliederentscheid über den von der Parteiführung zunächst ausgeschlossenen, aber dann doch beschlossenen Einstieg in eine Große Koalition gegen diese votieren zu können. Doch die Mehrheit der Mitglieder entschied sich für ein »Weiter so!«, was die Talfahrt der Partei bei den Umfragen weiter beschleunigte. Wenig später warf sich der GroKo-Kritiker Kühnert überraschend für Andrea Nahles in die Bresche, als diese für den Parteivorsitz kandidierte. Ausgerechnet für diese Funktionärin, die wie kaum ein zweiter Sozialdemokrat für eine prinzipienlose, rein machttaktische und vor allem unsoziale Politik der SPD stand und steht.

Die versprochene Erneuerung wurde an diverse Kommissionen und Arbeitsgruppen delegiert, in denen auch Kühnert eine wichtige Rolle bekam. Er schied nicht nur als Wortführer der GroKo-Kritiker aus, sondern verschwand faktisch von der großen politischen Bühne.

Als die Idee einer neuen linken Sammlungsbewegung entstand und allmählich in die Öffentlichkeit drang, reagierte Kühnert geradezu rührend hilflos. In einem Gespräch mit

»Ich beteilige mich intensiv an der Erneuerung der SPD. Das macht einen großen Teil meines politischen Alltags aus. In der ersten Etappe des Erneuerungsprozesses haben wir Impulspapiere erstellt, die die Partei jetzt diskutiert. Zum Beispiel über die Frage, was nach Hartz IV kommt.«

der *Zeit* gab sich der Juso-Chef nahezu beleidigt, »dass zu mir nie Kontakt aufgenommen wurde«. Aber er beteilige sich ohnehin lieber »intensiv an der Erneuerung der SPD«. Und wie sah diese aus?

In der »ersten Etappe des Erneuerungsprozesses haben wir Impulspapiere erstellt«, sagte Kühnert stolz und offenbarte damit ein erschreckendes Maß an Naivität. Aber auch, dass er inzwischen in die Funktionselite aufgerückt war und schon wie diese redete. Das Verfassen von »Impulspapieren«, die dann in der Ablage einer »Erneuerungskommission« verstauben, ist sinnfälliger Ausdruck jener Politik, die immer mehr Menschen nervt, sie anwidert und auf die Straße treibt.

Wenn die Linke nicht endlich anfängt, auf die Straßen und Plätze zu gehen, die Menschen zu mobilisieren und mit ihnen statt über sie zu sprechen, und zwar in einer Sprache, die auch außerhalb politikwissenschaftlicher Seminare verständlich ist, werden alle Bestrebungen für einen linken Aufbruch ohnehin verpuffen.

Rainer Balcerowiak, Autor

»DANN HABEN WIR VERLOREN!« EIN GESPRÄCH MIT SAHRA WAGENKNECHT

Es war nicht leicht, einen Gesprächstermin bei Sahra Wagenknecht zu bekommen, denn das Medieninteresse an ihr ist enorm. Neben ihrer Rolle als Sprecherin von »aufstehen« hat sie die Verpflichtungen als Ko-Vorsitzende der Bundestagsfraktion zu erfüllen. Die Bitte nach einem Wortlautinterview wurde abschlägig beschieden. Aber immerhin ergab sich die Gelegenheit, einige Fragen zur neuen Bewegung zu erörtern.

An ihrer Strategie, die Parteien des linken Lagers durch breiten gesellschaftlichen Druck zu einem Politikwechsel in Richtung sozialer Politik zu drängen und auch eine entsprechende Machtperspektive zu entwickeln, hält Wagenknecht – ungeachtet der vielen ablehnenden Reaktionen – unbeirrt fest. Aber in Bezug auf die Grünen äußert sie erhebliche Zweifel, ob diese Partei überhaupt zu einem linken Lager zu zählen ist: »Das, was heute grüne Politik

ausmacht, ist im Grunde die bürgerliche Mitte plus Lifestyle und hat mit linken Ansprüchen im Sinne einer sozialen Verteilungspolitik nichts zu tun.« Es sei allerdings ein positives Signal, dass sich »Ur-Grüne« wie Antje Vollmer und Ludger Volmer der Bewegung angeschlossen hätten. Unter den eingetragenen Unterstützern gebe es auch weitere Parteimitglieder. Inwieweit es in dieser Partei aber noch Chancen für eine Kehrtwende in Richtung sozialer Politik gebe, sei schwer einzuschätzen.

Wagenknecht sieht »aufstehen« in einer gewissen Kontinuität zu der großen Protestbewegung 2004/05 gegen Hartz IV. Diese habe immerhin dazu geführt, dass sich eine gesamtdeutsche Partei links von der SPD fest etablieren konnte. Nur dadurch hätten Forderungen wie die nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes überhaupt wirkungsvoll auf die politische Agenda gesetzt werden können. Doch »eine der Erfahrungen, die zur Gründung von ›aufstehen‹ geführt haben, ist ja die Erkenntnis, dass die LINKE allein nicht stark genug ist, die SPD nach links zu drücken. Und auch unser Ziel, diejenigen, die sich von der SPD abwenden, für uns zu gewinnen, ist nur sehr unzureichend erreicht worden«, räumt sie selbstkritisch ein.

Eher vorsichtig äußert sich Wagenknecht zu der Frage, ob in letzter Konsequenz nicht die Gründung einer neuen linken Volkspartei angestrebt werden müsste, wenn die Strategie des gesellschaftlichen Drucks auf die bestehenden Parteien keine Früchte trägt. Zumal auch andere neue linke Bewegungen, wie etwa Podemos und La France insoumise, diesen Weg mit gewissem Erfolg gegangen sind.

Wagenknecht verweist im Gespräch auf die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern. Dort könnten – anders als in Deutschland – Bewegungen oder auch Parteienbündnisse bei Parlamentswahlen antreten. In Frankreich seien die Parti de Gauche und die von Jean-Luc Mélenchon geführte Bewegung auch nicht gegeneinander angetreten. Doch »in Deutschland wäre der

Wahlantritt einer neuen linken Partei ein konkurrierender Wahlantritt zur LINKEN. Dadurch bestünde auch die Gefahr, dass sich das linke Lager zersplittert. Außerdem hat die Sammlungsbewegung ja viele Unterstützer in den bestehenden Parteien, auch bei der SPD. Wenn »aufstehen« als Partei kandidiert, würden wir sie in die Zwangslage bringen, sich entscheiden zu müssen, welcher Partei sie angehören. Das wäre eine schwierige Situation, die wir vermeiden wollen.«

Ausdrücklich für alle Zeiten ausschließen wollte Wagenknecht die Gründung einer neuen Partei allerdings auch nicht. Doch es ergebe wenig Sinn, diese Frage abstrakt zu diskutieren, es komme immer auf die Entwicklung und die konkrete Situation an, meint sie.

Beim Lesen des Gründungsaufrufs von »aufstehen« war mir aufgefallen, dass er zum vermeintlich zentralen Disens innerhalb des Linken, der Migrationspolitik, nur wenig konkrete Festlegungen gab. So wird zwar thematisiert, dass unregulierte Arbeitsmigration die Konkurrenz um soziale Ressourcen und Wohnungen verschärfe und die Prekarisierung der Arbeit befördere. Aber es findet sich keine Silbe zur soziokulturellen Problematik unregelter Zuwanderung, zu Fragen der Integration oder auch zu Problemen, die durch den radikalen politischen Islam entstehen. Wagenknecht selbst hat sich in der Vergangenheit recht deutlich geäußert, auch zur Gefahr der Entstehung von Parallelgesellschaften. Doch sie räumt ein, dass auch im Initiatorenkreis von »aufstehen« dies teilweise umstrittene Themen seien. »Wir mussten einen Aufruf formulieren, in dem sich die 80 Menschen, die ihn unterstützen, auch wiederfinden können. Da muss man sich auf vorhandene gemeinsame Positionen verständigen. Und im Mittelpunkt sollten dabei die sozialen Fragen stehen.«

Wagenknecht sieht einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den sozialen Fehlentwicklungen in Deutschland und der Radikalisierung von Teilen der muslimischen Bevölkerung. »Die Hinwendung zum politischen

Islam ist auch ein Ergebnis sozialer Ausgrenzung. Dabei geht es weniger um die Flüchtlinge, die jetzt zu uns gekommen sind, sondern um Kinder aus Einwandererfamilien, die hier geboren sind und vielfach deutlich schlechter integriert sind als ihre Eltern und Großeltern. Es gibt natürlich eine herrschende politische Kraft in der Türkei, die den politischen Islam massiv fördert und hier mit starken Netzwerken vertreten ist. Doch dass das hier auf so viel Resonanz stößt, hat auch damit zu tun, dass sich die Lebensbedingungen in diesen Milieus für viele durch die Agenda-Reformen deutlich verschlechtert haben.«

Wagenknecht lässt allerdings keinen Zweifel daran, dass sie sich – unabhängig vom jetzt erzielten Minimalkonsens beim Gründungsaufruf von »aufstehen« – auch weiterhin deutlich zu soziokulturellen Aspekten der Zuwanderung äußern werde.

»Wir waren auf diesen großen Ansturm von Unterstützern nicht vorbereitet.« Viel Kritik gab es daran, dass »aufstehen« bislang eine rein virtuelle Bewegung sei, ohne »analoge Strukturen«, ohne konkrete Aktivitäten auf Bundes- oder regionaler Ebene. Das werde sich bald ändern, reagiert Wagenknecht auf diese Vorhaltung: »Wir waren auf diesen großen Ansturm von Unterstützern nicht vorbereitet, die jetzt mit den Füßen scharren und wollen, dass es losgeht. Wir werden bereits in Kürze ganz konkrete bundesweite Kampagnen und Aktionen vorschlagen, mit denen »aufstehen« sichtbar und mit Leben erfüllt wird. Natürlich soll es auch regionale Aktivitäten geben.« Dabei schließt Wagenknecht nicht grundsätzlich aus, dass sich Aktionen von »aufstehen« auch gegen die Politik ihrer eigenen Partei richten könnten, wenn diese als Regierungspartner unsoziale Politik mittrüge. »Wenn zum Beispiel kommunale Wohnungen privatisiert werden, wie es die LINKE bei ihrer ersten Regierungsbeteiligung in Berlin ja praktiziert hat, wäre dies ein Punkt wo sich »aufstehen« ganz klar positionieren würde.«